

IN DIESER AUSGABE:

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN
WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN
FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI
ARTIKEL DES MONATS
EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN (aktualisiert)

MITGLIED VON BUSINESSEUROPE

HAUPTSITZ: 74 Meşrutiyet Caddesi Tepebaşı 80050 Istanbul Türkei Tel.: 90 212 249 11 02 Fax: 90 212 249 09 13
ANKARA : 39/4 İran Caddesi Gaziosmanpaşa 06700 Ankara Türkei Tel.: 90 312 468 10 11 Fax: 90 312 428 86 76
EUROPÄISCHE UNION : 13 Avenue des Gaulois 1040 Brüssel Belgien Tel.: 32 2 736 40 47 Fax: 32 2 736 39 93
DEUTSCHLAND : 28 Märkisches Ufer 10179 Berlin Deutschland Tel.: 49 30 28 87 86 300 Fax: 49 30 28 87 86 399
FRANKREICH : 33 Rue de Galilée 75116 Paris Frankreich Tel.: 33 1 44 43 55 35 Fax: 33 1 44 43 55 46
U S A : 1250, 24th Street N.W. Suite#300 Washington DC 20037 USA Tel.: 1 202 776 7770 Fax: 1 202 776 7771
CHINA : Beijing Lufthansa Center, Office C-319 10016 Peking China Tel.: 86 10 6462 2066 Fax: 86 10 6462 3206
berlinoffice@tusiad.org www.tusiad.org

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

Westerwelle: "Die Lage an der Grenze ist leider sehr ernst"

Bundesaußenminister Guido Westerwelle äußerte sich in der Bild am Sonntag über die Lage in Syrien. "Ich bin in großer Sorge. Die Lage an der syrisch-türkischen Grenze ist leider sehr ernst." so Westerwelle.

Westerwelle beantwortete die Fragen der Zeitung und sagte „Unser Bündnispartner Türkei hat die Solidarität der NATO. Ich kann die Empörung in der Türkei sehr gut verstehen; es sind auch Kinder zu unschuldigen Opfern geworden. Dennoch ist Besonnenheit und Deeskalation das Gebot der Stunde. Die Gefahr eines Flächenbrands wächst jedenfalls. Das syrische Regime muss seine Feindseligkeiten sofort einstellen und auf weitere Provokationen verzichten.“ [Internet-Link](#)

Hollande: "Eine mögliche Krise ist durch die mäßige Haltung der Türkei überwunden worden."

Der französische Staatspräsident Francois Hollande gab zusammen mit UN-Generalsekretär Ban Ki Moon in Paris eine Pressekonferenz. Hollande bezeichnete die Haltung der Türkei hinsichtlich der Krise an der Grenze „gemäßigt.“ Staatspräsident Francois Hollande verwies auf den Zwischenfall an der türkisch-syrischen Grenze, bei dem Zivilisten ums Leben kamen.

„An der türkischen Grenze gab es schwere Zwischenfälle. Eine mögliche Krise ist durch die mäßige Haltung der Türkei überwunden worden. Aber wie lange kann dieser Zustand noch anhalten. Die Haltung von Frankreich ist offenkundig. Assad muss seine Macht niederlegen und es muss weitere Sanktionen geben.“ so Hollande.

Der französische Staatspräsident Francois Hollande begrüßte auch den Vorschlag der Türkei zur Bildung einer Übergangsregierung unter Führung des syrischen Vize-Präsidenten Faruk El Schara. [Internet-Link](#)

Bağış empfing Pöttering

Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Dr. Hans-Gert Pöttering, der vom 7. bis 9. Oktober 2012 die Türkei besuchte, kam im Rahmen seiner Kontakte mit Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, mit dem Parlamentspräsidenten Cemil Çiçek und dem Minister für EU-Angelegenheiten Egemen Bağış zusammen.

Hans-Gert Pöttering wurde in Ankara von Ministerpräsident Erdoğan zu einem Vieraugengespräch empfangen, in dem der Stiftungsvorsitzende seine Solidarität in Bezug auf die jüngsten syrischen Anschläge bekundete. Außerdem wurde Pöttering vom Parlamentspräsidenten Cemil Çiçek in der Türkischen Großen Nationalversammlung zu einem Gespräch empfangen. Ein wichtiges Thema war die Lage in Syrien sowie der gegenwärtige Stand und die Perspektiven der deutsch-türkischen Beziehungen. Im Gespräch mit dem EU-Minister Egemen Bağış ging es hauptsächlich um den Stand der Beitrittsverhandlungen, wobei diese als eine wichtige Chance gesehen werden, die Werte zu verankern, die sowohl von der Europäischen Union als auch von der Türkei geteilt werden. [Internet-Link](#)

Treffen zwischen Erdogan und Merkel

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan ist im Rahmen seiner Deutschlandvisite mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammengekommen. Nach dem Treffen gaben Erdogan und Merkel eine gemeinsame Pressekonferenz. Auf eine Frage bezüglich der Bildung einer Pufferzone in Syrien sagte Erdogan, diese Entscheidung müsse vom UN-Sicherheitsrat getroffen werden, die Türkei könne ohne eine entsprechende UN-Resolution nicht eigenmächtig handeln und eine Pufferzone in Syrien bilden. In der Pressekonferenz gab Erdogan auch eine Botschaft an die Europäische Union. Erdogan erinnerte an die Worte der Bundeskanzlerin, die in der Vergangenheit die Aufnahme des inselgriechischen Teils in die EU als Fehler bezeichnet hatte, was Erdogan als wirklich fehlerhaft zum Ausdruck brachte. Weiter sagte Erdogan, der seit 50 Jahren weitergehende EU-Beitrittsprozess

müsse zu einem Ende gebracht werden, kein Land habe solch eine Behandlung erfahren, was überwinden werden müsse. Bundeskanzlerin Merkel sagte, in diesem Thema sei man sich uneinig, aber trotzdem müssten die guten Beziehungen bewahrt und fortgeführt werden. Auf der Agenda von Ministerpräsident Erdogan standen auch die israelisch-palästinensischen Beziehungen. Erdogan, der an die gefallene Mauer in Deutschland erinnerte, sagte ferner, Israel aber baue eine Mauer, zwischen den Menschen dürften keine Mauern errichtet werden. Ministerpräsident Erdogan sagte weiter, beim Gespräch mit Merkel sei auch die Terrorbekämpfung zum Ausdruck gebracht worden. Merkel habe Unterstützung zugesagt, die Haltung der EU gegenüber Terror sei zwar klar, jedoch rief Erdogan zu Konsequenzen dieser Haltung auf. [Internet-Link](#)

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

UNCTAD: ADI-Zuflüsse der Türkei im ersten Halbjahr um 20 gestiegen

Laut dem Bericht der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) sind die Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen in die Türkei in der ersten Jahreshälfte von 2012 um 20,8 Prozent gestiegen und haben die 8 Milliarden USD-Marke überstiegen. Dieser Zuwachs macht die Türkei zu einem der wenigen Schwellenländer, dessen Auslandsinvestitionen steigen - im Gegensatz zu dem 8 Prozent starken Abfall der ADI-Zuflüsse im Zeitraum Januar bis Juni weltweit.

Laut der UNCTAD verzeichnete die Türkei bei ADI-Zuflüssen die neunthöchste Wachstumsrate weltweit während die BRIC-Staaten (Brasilien, Indien, China, Russland – die vier größten Schwellenländer) mit sinkenden ADI-Zuflüssen von bis zu 40 Prozent hart getroffen wurden. Bei einem Vergleich mit europäischen Ländern erreicht die türkische ADI-Wachstumsrate Rang vier nach Frankreich, Spanien und Portugal.

Die Türkei zog 2011 ADI in Höhe von 15,9 Milliarden USD an, ein 74 prozentiger Anstieg im Vergleich zu 2010. Eine vorzeitige Verbesserung der Kreditwürdigkeit des Landes wird seine Anziehungskraft für ausländische Investitionen weiterhin stark ankurbeln. [Internet-Link](#)

Türkei plant drittes AKW-Projekt

Zum Zeitpunkt, an dem die Verhandlungen zum Bau eines zweiten türkischen Atomkraftwerkes (AKW) in einen Vertrag zu münden scheinen, breitet das Energieministerium des Landes schon die Pläne für ein drittes Werk aus. Kanadische, japanische, chinesische und südkoreanische Unternehmen stehen im Wettbewerb miteinander, wenn es darum geht, die Rechte zum Bau und Betrieb eines zweiten türkischen AKWs in der Schwarzmeer-Provinz Sinop zu erwerben.

Anlässlich eines Pressegespräches bei einem Treffen der Regionalbehörde für Energieregulierung in Izmir sagte der türkische Minister für Energie, Taner Yildiz, dass ein drittes Atomkraftwerk geplant sei, das den steigenden Energiebedarf der Türkei abdecken soll und dass in Kürze mehr Einzelheiten mitgeteilt werden.

„Wir gehen davon aus, dass wir noch vor Jahresende mit einem der Länder zu einem Abschluss kommen können....“ sagte der Minister über das Projekt in Sinop. „Es werden unter anderem die Vorstudien für das vorgeschlagene dritte Werk mit den Anbietern besprochen...“ fügte er hinzu.

Die Türkei hat für das erste Atomkraftwerk des Landes in Akkuyu, Mersin an der Mittelmeerküste, einen Vertrag mit Russland abgeschlossen. Das dritte Werk soll die Leistung von Akkuyu erreichen, d.h. 4800 bis 5000 Megawatt, sagte Yildiz weiter. [Internet-Link](#)

7,4% Anstieg der türkischen Exporte im September

Die Exporte der Türkei erreichten im September 11,4 Milliarden USD – ein Anstieg im Vergleich zum Monat September des Vorjahres 2011 um 7,4 Prozent. In den ersten 9 Monaten stiegen die Exporte des Landes damit auf 111,4 Milliarden USD, was einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 12,1 Prozent entspricht.

Gemäß der kürzlich veröffentlichten Daten des Türkischen Exportverbandes (TIM), fuhr die Türkei Produkte der Automobilbranche zum Wert von 1,5 Milliarden USD aus, dicht gefolgt von der chemischen Branche mit ins Ausland gelieferten Gütern im Wert von 1,48 Milliarden USD. Konfektionswaren und Textilien folgen auf dem dritten Platz mit 1,3 Milliarden USD.

Der Monat September bedeutete auch einen Aufschwung der Exporte in die EU, die in den ersten 8 Monaten gesunken waren. Die Exporte in die krisengeschüttelten europäischen Volkswirtschaften stiegen um 3 Prozent, wobei Deutschland das wichtigste Zielland war, gefolgt vom Irak und Großbritannien. [Internet-Link](#)

FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI

Türkisch-deutsches Partnerprojekt errichtet 50 MW Windfarm



Das Unternehmen Borusan EnBW unter türkisch-deutscher Leitung hat für die Balabanli Windenergieanlage in der Provinz Tekirdag im Nordwesten der Türkei den ersten Spatenstich vorgenommen. Die 22 Windräder der Anlage werden 50 Megawatt Strom produzieren, wenn diese 2013 an das Energienetz des energiehungrigen Landes angeschlossen wird.

Die Zeremonie zum Baubeginn der Windanlage fand in Istanbul statt. Die Vorstände der Unternehmen Borusan und EnBW sowie der türkische Minister für Energie, Taner Yildiz, haben an ihr teilgenommen.

„Die Türkei ist ein Land der Gelegenheiten. Unsere Wachstumsstrategie in der Türkei baut nicht nur auf Wind auf, sondern auch auf Wasserkraft und andere erneuerbare Energien“, sagte der CEO von EnBW, Frank Mastiaux, bei der Veranstaltung und unterstrich dabei die wachsende Nachfrage des Landes nach Energie.

Der Minister Yildiz meinte für seinen Teil, dass die Türkei sich dazu entschieden hätte, lieber den Privatsektor dazu einzuladen, die Energienachfrage des Landes zu bearbeiten, statt öffentliche Gelder in die Stromerzeugung zu investieren. Das türkische Wirtschaftswachstum verlangt jedes Jahr 5 Milliarden USD an Investitionen allein für die Stromerzeugung. Zum hundertsten Jahrestag der Republik 2023 plant das Land, eine installierte Kapazität in Höhe von 20.000 MW vorzuweisen, die von Windkraft produziert wird. [Internet-Link](#)

Huawei stellt 100 Millionen USD für Akquisitionen in der Türkei bereit



Der chinesische Anbieter von Telekommunikationsausrüstung Huawei plant einen großen Wurf in der Türkei, wo er sein zweitgrößtes Forschungs- und Entwicklungszentrum (F&E) außerhalb Chinas eröffnete und er nun Akquisitionen im Wert von 100 Millionen USD für das nächste Jahr ankündigt.

Zu seinem 10. Geburtstag in der Türkei wird das Unternehmen auch 20 Millionen USD ausgeben, um seine Aktivitäten im Bereich Produktentwicklung in seinem Istanbul F&E-Zentrum weiter zu verbessern. „Die türkische Niederlassung von Huawei ist für unsere Geschäfte im Kaukasus und Zentralasien unentbehrlich geworden...“, teilte Wu Congheng, Geschäftsführer von Huawei Turkey, Reportern anlässlich der Jubiläumsveranstaltung mit. Mit der Erklärung, dass das Wachstum von Huawei in der Türkei von einer Erweiterung der Belegschaft begleitet sei, meinte Congheng, dass die Firma in den letzten drei Jahren 50 Millionen USD in die F&E-Aktivitäten des Landes investiert habe und gegenwärtig 350 Ingenieure einstelle.

Huawei stellt die Hardware für die drei Handynetze der Türkei und den einzigen Festnetzanbieter bereit. Sein F&E-Zentrum in Istanbul spielt in der Entwicklung von Softwarelösungen für Huawei-Kunden weltweit eine Schlüsselrolle. [Internet-Link](#)

ARTIKEL DES MONATS

Erdogan fordert mehr Unterstützung von Europa

WAZ

Der Westen, 31.10.2012

Türkischer Ministerpräsident zur Eröffnung der neuen Botschaft in Berlin. Von der Bundesregierung erwartet er die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft für türkisch-stämmige Deutsche.

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hat bei einem Besuch in Berlin mehr deutsche Unterstützung im Kampf gegen die kurdische PKK gefordert. Zudem erwartet er die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft für Deutsche mit türkischen Wurzeln sowie einen Neuanfang bei den Beitrittsverhandlungen mit der EU.

Deutschland und die Türkei müssten noch enger und erfolgreicher zusammenarbeiten, sagte Erdogan gestern nach einer Begegnung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Anlass seines Besuches war die Eröffnung der neuen türkischen Botschaft in Berlin, die der Ministerpräsident am Dienstagabend im Beisein von Außenminister Guido Westerwelle einweihte. Sie gilt als die weltweit größte Auslandsvertretung der Türkei.

„Wir fühlen uns für die Sicherheit der Türkei verantwortlich“

In Mittelpunkt der Unterredung mit Merkel stand der Bürgerkrieg in Syrien, der die Türkei direkt in Mitleidenschaft zieht. Sein Land habe bislang 105.000 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen, berichtete Erdogan. Weitere rund 200.000 seien in Jordanien und im Libanon gestrandet, in Syrien selbst 2,5 Millionen aus ihren Häusern vertrieben. „Wir brauchen Beistand“, appellierte er an die Europäer. Der Türkei wäre es am liebsten, wenn diese sich zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge bereit erklärten. Bislang beharrt die Bundesregierung jedoch darauf, dass den Betroffenen am ehesten vor Ort zu helfen sei.

„Wir fühlen uns für die Sicherheit der Türkei verantwortlich“, betonte die Kanzlerin. Ausdrücklich bedankte sie sich für die „große Besonnenheit“, mit der die türkische Regierung auf die blutigen Zwischenfälle an der Grenze zu Syrien reagiert habe. Deutschland werde auch „überall dort hilfreich sein, wo es um terroristische Aktivitäten geht“, versicherte Merkel. Im Kampf gegen die kurdische Untergrundorganisation PKK sei die Bundesregierung bereit, sich mit der Türkei noch enger abzustimmen, etwa durch häufigere Treffen der Innen-Staatssekretäre beider Seiten.

Die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei würden von europäischer Seite „ehrlich geführt“, hob Merkel hervor: „Deutschland steht zu diesem Prozess.“ Erdogan beklagte, dass sich kein anderes Land von Europa so schlecht habe behandeln lassen müssen wie die Türkei.

EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN

- Bevölkerungsanzahl beträgt 71 Mil. :
 - ein Haushalt besteht aus 4,4 Personen (*abnehmender Trend*)
 - $\pm 26\%$ unter 15 Jahre alt (*abnehmender Trend*)
 - 75% städtische Bevölkerung (*zunehmender Trend*)
 - stabile Bevölkerungsanzahl bei +/- 85 Millionen Menschen im Jahr

2030

- BIP : 671 Milliarden € (KKP)
- BSP Wachstumsrate : 2003 : + 5,3% 2004 : + 9,4% 2005 : + 8,4% 2006 : + 6,9% 2007 : + 4,6% 2008 : + 3,4%
- Rang 15 der weltweit größten Ökonomien (KKP)
- Wichtige Handelspartner :
 - * EU : 46 % (die Türkei ist der 7. größte Handelspartner der EU)
 - * Russland : 10,9% * USA : 4,4%
 - Türkische Exporte in die EU – 2008 : 43 Mrd. €
 - Türkische Import aus den EU – 2008 : 50,5 Mrd. €
 - Handelsdefizit mit den EU – 2008 : 7,5 Mrd. €
- Industrieproduktion : 30 % des BSP (Dienstleistungen : 60% ; Landwirtschaft : 10%)
- Industriegüter : **94,8%** der Exporte (Automobilindustrie, Textilien, Elektronik, Stahl, Nahrungsmittel, Haushaltsgeräte ...)

Die Türkei ist in der Welt :

- sechstgrößter Hersteller von Zement
- zweitgrößter Glasproduzent und Stahl
- größter Hersteller von Bor
- zweitgrößter Schmuckexporteur
- sechstgrößter Textilexporteur

Die Türkei ist in Europa :

- größter Hersteller von TV Apparaten
- größter Hersteller von Aurocar/Bus
- drittgrößter Hersteller von Keramikfliesen
- viergrößter Telekom-Markt
- viergrößter Hersteller in der Automobilindustrie
- drittgrößter Produzent von Eisen
- sechstgrößter Yachthersteller,

und auch: **an Artenvielfalt reichstes Land und größter Entwicklungsmarkt**

- Nettobetrag ausländischen Kapitals :** €8 Milliarden im 2005 (+240%) €16 Milliarden im 2006/2007 (+87,5% / +9,8% - \$)
Ungefähr 18.000 ausländische Investitionsfirmen arbeiten in der Türkei. Etwa ein Drittel der Banken und ein Viertel der 500 größten Firmen in der Türkei sind im Besitz ausländischer Eigner. Türkische Direktinvestitionen in mehr als 50 Ländern ständig erhöht (€ 1,5 Milliarden im Jahr 2007). Die Körperschaftssteuer beträgt 20 %.

- Schnell wachsende Informationsgesellschaft :**
 - Über 35% Steigerung im Verkauf von PCs.
 - ± 22 türkische Firmen / die 500 besten IKT-Firmen
 - + 65 Millionen GSM-Abonnenten
 - + 19 Millionen Internet-Nutzer
 - ± 30 TV-Kanäle auf nationaler und 250 auf lokaler

Ebene

→ Ausbau des e-governments

- Privatisierung : Privatisierungen im Wert von € 17,9 Millionen in den letzten 5 Jahren.
- Tourismus : 26 Millionen Touristen im Jahr 2008. Istanbul wird EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT – 2010

- **REFORMEN :** Mit starker Unterstützung seitens der Zivilgesellschaft (Privatsektor, Gewerkschaften, Berufsverbände, NGOs, akademische Institutionen, Medien...) wurde vom türkischen Parlament eine umfassende Agenda für demokratische Reformen verabschiedet:

- Verfassungsrechtliche und institutionelle Reformen angesichts der zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien
- Ausgeweitete Gleichheitsrechte der Geschlechter im staatsbürgerlichen Gesetzbuch
- Abschaffung der Todesstrafe, neues Strafgesetzbuch
- Sendungen und Unterricht in Regionalsprachen, Meinungs- und Vereinsfreiheit
- Wettbewerbspolitik, Sicherung geistiger und industrieller Eigentumsrechte
- Internationale Beurkundungs-, Geschäftsberichts- und Akkreditierungsstandards sowie internationale Schiedsgerichtsbarkeit
- Soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung, regionale Entwicklungsagenturen
- Innerer und äußerer Veredlungsverkehr, Kontroll- und Quotenverwaltung
- Unabhängige Zentralbank, Steuerverwaltung, bankrechtliche Bestimmungen und Aufsicht, Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts

→ 1996 : Zollunion zwischen der EU und der Türkei.

- 1999 : EU Helsinki - Gipfel: « **Türkei wird offizieller EU-Beitrittskandidat** ».
- 2004 : EU-Kommission beschließt, dass die Türkei hinreichend die Kopenhagener Kriterien erfüllt.
- 2004 : EU-Kommission entscheidet Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu starten.
- **2005** : **Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3.Oktober.**
- 2008 : Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Beitrittspartnerschaft mit der Türkei am 18 Februar.
- 2008 : Das dritte Nationalprogramm der Türkei für die Übernahme des Acquis.

V.i.S.d.P:

TÜSIAD Berlin Office

Märkisches Ufer 28

10179 Berlin

berlinoffice@tusiad.org